

Vom Scheitern der Strategie „Roter Haltelinien“ im Entstehungsprozess der neuen Linkspartei

von

Egbert Scheunemann

Stand: 20. November 2006

Die Linke in der Linken hat auf dem Parteitag der WASG in Geseke-Eringerfeld (18.-19. November 2006) eine herbe Niederlage erlitten. Bei den Wahlen zum Bundesvorstand fielen im ersten Durchgang all jene komplett durch, die der Linkspartei.PDS als *Vorbedingung* einer Fusion mit der WASG die Einhaltung von „Roten Haltelinien“ abverlangen wollten – etwa die Trennung von Amt und Mandat oder den Verzicht auf die Beteiligung an Regierungen, die Sozialabbau oder die Privatisierung öffentlichen Eigentums betreiben.¹ Unter den Abgestraften waren mit Rainer Spilker und Thies Gleis gleich zwei amtierende Mitglieder des Bundesvorstands. Erst im zweiten Wahlgang, nach dem die Verhältnisse und die Mehrheiten im Bundesvorstand eindeutig geklärt waren, schafften Thies Gleis und Lucy Redler mit knappem bis sehr knappem Ergebnis noch den Einzug in den erweiterten Bundesvorstand. Der amtierende geschäftsführende Bundesvorstand wurde schon davor durchweg bestätigt – zwar nicht mit berauschendem Ergebnis (zwischen 53 und 59 Prozent der abgegebenen Stimmen), aber immerhin.²

Die Eindeutigkeit dieser Abfuhr an die Strategie der „Roten Haltelinien“ kann wohl nicht nur mit der massiven Ausgrenzungskampagne erklärt werden, die vor dem Parteitag gegen die im *Netzwerk Linke Opposition* (NLO) locker organisierten Initiatoren der „Roten Haltelinien“ geführt worden ist. Denn mit Axel Troost und Hüseyin Aydin, zwei prominenten Wortführern dieser Kampagne, konnte man zumindest noch würdevoll die Klängen kreuzen.³ Und eine auf dem Parteitag gehaltene servile Schleimerrede, die sich in einer unerträglichen Wadenbeißerei gegen die KandidatInnen des NLO erging, wurde mit heftigem Geraune quittiert und auch, wie man mitbekam, von vielen jener *not amused* aufgenommen, die der Strategie des NLO durchaus kritisch gegenüberstehen.

Die Angst, mit der Aufstellung von „Roten Haltelinien“ als *Vorbedingung* einer Fusion zwischen WASG und Linkspartei.PDS das ganze Projekt einer neuen Linkspartei zu gefährden, scheint bei vielen authentisch zu sein. Die Gnadenlosigkeit, mit der die Linkspartei.PDS in Berlin ihre unsoziale Politik fortsetzt (siehe die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes, nicht entschuldbar mit irgendwelchen Haushaltszwängen, quasi als erste Amtshandlung der erneuerten rot-roten Koalition), die vor wenigen Wochen zum Verlust gut der Hälfte ihrer Wähler geführt hat, war wohl für die große Mehrheit der Parteitagsdelegierten der Beweis dafür, dass die Linkspartei.PDS in Berlin auch jedes Junktim einer Fusion mit der Forderung nach Einhaltung von inhaltlichen Vorbedingungen gnadenlos übergehen würde.

¹ www.netzwerk-linke-opposition.de/cms/content/view/220/163/

² Zu den Wahlergebnissen im Detail: <http://parteitag.w-asg.de/1059.html>

³ Vgl. www.egbert-scheunemann.de/Offener-Brief-an-Aydin-Troost.pdf

Allein, die Reaktionen auf die Politik der Linkspartei.PDS in Berlin waren heftig – heftig in einer Weise, wie ich sie nicht erwartet und wie man sie sich sehr viel früher gewünscht hätte. Reaktionen zudem aus der gesamten WASG – UND von großen Teilen der Linkspartei.PDS. Ein paar Beispiele: Klaus Ernst quittierte die Abschaffung des Ladenschlusses in Berlin in seiner Parteitagssrede mit dem Verdikt, dass die Linkspartei.PDSler in Berlin wohl „nicht mehr alle Tassen im Schrank“ hätten. Oskar Lafontaine kritisierte die Berliner Linkspartei.PDS ebenso scharf und meinte, dass die (anstehende) Privatisierung der Sparkasse in Berlin durch den rot-roten Senat für ihn der „Lackmustrast“ für die Bewertung dieser Koalition sei – man ist gespannt! WASG-Bundesvorstand Christine Buchholz, die sich noch im Berliner Wahlkampf auf Seiten der Linkspartei.PDS engagierte, riet nach Lektüre des neuen Koalitionsvertrags zwischen Berliner SPD und Linkspartei.PDS dringend von einer Fortführung der Koalition ab.⁴ In einem Brandbrief aus Hamburg, verfasst von dem PDS-Urgestein Horst Bethge im Auftrag der Landesvorstände *beider* Parteien, also vom WASG *und* Linkspartei.PDS, wird der Berliner Linkspartei.PDS vorgeworfen, sie falle der bundesdeutschen Linken mit ihrer Politik regelrecht „in den Rücken“.⁵ Nicht ganz so scharf formuliert, aber vom Tenor identisch, ist eine Kritik aus WASG *und* Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg in Richtung Berlin in Sachen Privatisierung öffentlichen Wohneigentums.⁶ Und selbst Linkspartei.PDS-Bundesgeschäftsführer Bodo Ramelow lässt an der Abschaffung des Ladenschlusses in Berlin kein gutes Haar.⁷

Die Würfel sind also gefallen.⁸ Die große Mehrheit in der WASG sagt: Wir werden das Projekt einer neuen *bundesweiten* Linkspartei nicht an der Halsstarrigkeit bestimmter *Landesverbände* der Linkspartei.PDS scheitern lassen. Das ist übrigens das *exakt* gleiche Argument, mit dem viele, darunter ich, immer wieder zu begründen versuchten, warum das Projekt einer *gesamtdeutschen* Linken auf keinen Fall scheitern *muss*, wenn die *Berliner* WASG nicht sofort gemeinsame Sache mit der *derzeitigen* Linkspartei.PDS in Berlin macht. Und dass dieses Argument sich als schlüssig erwies, haben die letzten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ja gezeigt. NICHTS von den Befürchtungen jener, die das Schlimmste befürchteten (Auflösung der Bundestagsfraktion, Abbruch des Fusionsprozesses etc.), ist eingetreten. NICHTS. Schön, dass man zumindest noch *post festum* und auf indirektem Wege Recht bekommt.

Ich für meinen Teil hätte den Druck auf die Linkspartei.PDS in Berlin und bundesweit noch längere Zeit durch die schroffe Setzung von „Roten Haltelinien“ fortgesetzt – und zwar als (so natürlich nicht *expressis verbis* offenbarte) Verhandlungsmasse, die diese „Roten Haltelinien“ sinnvoller Weise nur sein können. Dass diese Position, um es zurückhaltend zu formulieren, nicht von allen im NLO geteilt wird, ist allen bekannt, denen das NLO bekannt ist. Um diese Position an dem Beispiel der Trennung von Amt und Mandat zu erläutern: Bis zur Ausarbeitung eines entscheidungsreifen Entwurfs der Satzung der neuen Linkspartei hätte ich die Forderung nach einer hundertprozentigen Trennung von Amt und Mandat aufrecht erhalten – und dann einem Kompromiss zuge-

⁴ www.jungewelt.de/2006/11-18/014.php

⁵ www.linkspartei-debatte.de/index.php?name=News&sid=674

⁶ www.jungewelt.de/2006/11-18/034.php

⁷ www.jungewelt.de/2006/11-18/033.php

⁸ Das ist auch der Grund, warum sich das „Netzwerk Linke Alternativen“ um die Ex-WASG-BUVOs Joachim Bischoff und Björn Radke aufgelöst hat. Vgl.: www.netzwerk-linke-alternativen.de

stimmt, der Parteitage delegierten ohne Mandat und ohne sonstige finanzielle Abhängigkeit von der Partei eine qualifizierte, also etwa Zwei-Drittel-Mehrheit sichert oder der den Anteil von Mandatsträgern und Parteiangestellten in Bundes- und Landesvorständen auf zwanzig Prozent begrenzt.

Interessant und bezeichnend ist, dass die *inhaltlichen* und sogar die meisten *taktisch-strategischen* Positionen der WASG insgesamt und jene des NLO *höchstgradig*, ja *fast vollständig* identisch sind. So hat, um beim Beispiel zu bleiben und eine Zusammenfassung der Parteitagsergebnisse der WASGler aus Bayern zu zitieren, der Bundesparteitag beschlossen: „Die Formulierungen zur Ämterhäufung und zur Trennung von Amt und Mandat werden mit deutlicher Mehrheit verschärft; Mandatsträger dürfen nach Ende der gestern beschlossenen Übergangsregelung nicht gleichzeitig Amtsinhaber sein und Delegierte sich nicht aus dem Kreis der Mandatsträger und ihrer abhängig Beschäftigten rekrutieren (Das ist genau die 100-Prozent-Forderung, die auch aus dem NLO kommt! E.S.). Mit einigen weiteren Änderungen wird der Leitantrag des Bundesvorstands mit großer Mehrheit vom Plenum beschlossen.“⁹ Ein Leitantrag übrigens, der in Richtung Berlin deutliche Worte der Kritik enthält.

Es zeigt sich also, dass das ganze Zerwürfnis NUR („nur“) um die Frage ging, die zentralen programmatischen Inhalte der WASG als konditionale „Rote Haltelinien“ zu definieren – oder eben nicht. Der Parteitag hat entschieden, es nicht zu tun.

Damit muss man nun leben – oder auch nicht. Das NLO setzt sich zusammen aus jenen, die den Beschluss „Roter Haltelinien“ als *Vorbedingung* einer Fusion von WASG und Linkspartei.PDS durch den Parteitag als *conditio sine qua non* ihrer weiteren Mitarbeit am Parteibildungsprozess machen wollten – und jenen, die diese Bedingungen eher als taktisch-strategische Verhandlungsmasse und vor allem *Druckpotenzial* betrachteten. Das NLO *als Mittel* der Durchsetzung „Roter Haltelinien“ als Vorbedingung einer Fusion ist mit den Beschlüssen in Geseke-Eringerfeld obsolet geworden. Es ist NICHT obsolet geworden als *innerparteiliche* Strömung in der WASG, die auf die Einhaltung der authentisch linken, authentisch antineoliberalen programmatischen Grundsätze der WASG pocht – auch und, perspektivisch, vor allem *in* der neuen Linkspartei. In dieser Logik wäre es als Instrument, eine *neue* Neue Linkspartei zu gründen, jenseits seiner eigenen Beschlusslage, ALS NETZWERK *in* der WASG bzw. *in* der neuen Linkspartei und in ihrem Umfeld Politik für die authentisch antineoliberalen programmatischen Ziele der WASG zu betreiben. Die Definition des NLO als Kern einer neuen *Partei* wäre quasi seine Neugründung. Ich persönlich hielte eine solche Entwicklung des NLO für fatal. Eine ‚neue‘ neue Linkspartei links von der gerade entstehenden hätte momentan und in absehbarer Zukunft nicht den Hauch einer Chance – auch nicht als eine Restgruppierung, die sich (gegen alle Wahrscheinlichkeit!) mit dem Akronym WASG schmücken könnte. Immer und immer wieder: Ein Netzwerk ist ein Netzwerk.

Im innerparteilichen Kampf um die richtige Strategie und Taktik, ein möglichst *breites* Linksbündnis im Sinne einer authentisch linken, authentisch *antineoliberalen* Neuen Linkspartei zu schaffen, steht man mal wieder da mit gebrochener Hand, blauem Auge und rußverschmiertem Gesicht. Man wundert sich, sonst jeder Anwendung von Masochismus abholt, über die eigene Leidensfähigkeit. Aber das wichtigste Ziel aller wichtigen politischen Ziele, die Abschaffung der Hegemonie des Neoliberalismus und seiner menschenverachtenden Folgen, lässt mich weiter dabei bleiben beim Aufbau einer Neu-

⁹ <http://parteitag.wasg-bayern.de/>

en Linkspartei. Und die zitierte Heftigkeit und vor allem Breite der negativen Reaktionen aus *beiden* Parteien, WASG *wie* Linkspartei.PDS, auf die neuesten politischen Asozialitäten und taktisch-strategischen Dummheiten der Berliner Linkspartei.PDS (man hat in der Tat das dringende Gefühl, sie ersehne nichts ungestümer als die weitere Halbierung der Zahl ihrer Wählerinnen und Wähler) – diese Reaktionen geben (mir) Anlass zu der Resthoffnung, dass die neue Linkspartei nicht in Windeseile da enden wird, wo die Harald Wolf & Co. in Berlin schon geendet sind. Warten wir ab, wie Oskars „Lackmustest“ aussehen wird, wenn die Linkspartei.PDS in Berlin ihren Kurs gnadenlos durchziehen wird. Gucken wir, welche Ergebnisse etwa bei Vorstandswahlen und welchen Rückhalt insgesamt die Fraktion der Ladenschlussabschaffer und Sparkassenprivatisierer in der neuen Partei haben wird. Machen wir den Lackmustest auf Oskars Lackmustest. Ich freue mich fast auf den ersten gemeinsamen Parteitag mit ‚Genosse‘ Harald Wolf. Und auf den Ruß in seinem Gesicht. Wenn’s denn sein muss.
